

---

# Eine neue gewerkschaftliche Kultur

## Gespräch mit Bruno Trentin über Lage und Perspektiven der italienischen Gewerkschaften\*

---

Bruno Trentin, geb. 1926 in Frankreich, war von 1958 bis 1962 Vizesekretär der CGIL, dem Dachverband der linksgerichteten Gewerkschaften Italiens, und danach Generalsekretär der FIOM, der Metallarbeitergewerkschaft innerhalb der CGIL. 1977 wurde er in den Vorstand der CGIL gewählt und im November 1988 zu deren Generalsekretär. Er ist Vizepräsident des EGB.

Frage: In welcher Verfassung befindet sich heute die italienische Gewerkschaftsbewegung und was sind die westlichen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit?

Antwort: Was ihre Stärke und ihre Repräsentativität angeht, so befindet sich die italienische Gewerkschaftsbewegung heute in einem besseren Zustand als noch vor wenigen Jahren. Ohne jeden Zweifel hat das Ansehen der Gewerkschaften zugenommen, und nicht nur das: Seit einiger Zeit verzeichnen wir auch eine Verstärkung der Organisationskraft der Gewerkschaftsbünde, und wir haben die Verluste wieder ausgleichen können, die wir vor etwa zehn Jahren zu verzeichnen hatten. Dies ist eine Entwicklung, die der der meisten Industrieländer entspricht.

In dieser Zeit haben wir fast alle Branchentarifverträge neu abschließen können, sieht man einmal von den Landarbeitergewerkschaften ab, die sich noch in einem sehr harten Tarifikampf befinden, der insbesondere deshalb schwierig ist, weil die Arbeitgeber in der italienischen Landwirtschaft den reaktionärsten Teil des italienischen Arbeitgeberlagers vertreten.

Wenn wir auch eine relativ positive Bilanz ziehen können, so haben wir es dennoch heute mit außergewöhnlich schwierigen Problemen zu tun, die nicht nur die Fähigkeit der Gewerkschaften zur Mobilisierung auf die Probe stellen, sondern auch ihre Fähigkeit, die Aktionseinheit aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln und neue Konzepte zu unterbreiten.

Die wirtschaftliche Situation ist ganz besonders bedrohlich - ein Faktum, das die italienische Politik lange Zeit unterschätzt hat und das wahrscheinlich in all seinen Erscheinungsformen auch in Europa nur unzulänglich bekannt ist. Die italienische Wirtschaft stand in den letzten zehn Jahren in gewisser Weise unter dem Drogeneinfluß einer Politik, die von der zunehmenden öffentlichen Verschuldung gelebt hat und die zwar Millionen von Rentiers produziert hat, die aber auch den Investitionsfluß für produktive Aktivitäten, insbesondere im Bereich der technologischen Innovation, im Bereich der Forschung umge-

---

\* Das Gespräch führte Peter Seideneck am 9. Oktober 1991 in Dortmund.

leitet hat in Richtung Finanzspekulation und auf geradezu opulente Weise in Richtung Konsumtion. Das hat zu einem Rückstand der italienischen Industrie im Bereich der neuen Technik, aber auch bei der Forschung geführt sowie für ein Nachlassen der Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten gesorgt und eine öffentliche Verschuldung produziert, die heute das Bruttoinlandsprodukt übersteigt, sowie einen Zinssatz hervorgebracht hat, der zur Bedienung der öffentlichen Schulden eingesetzt werden muß, der faktisch das gesamte Defizit des Staatshaushaltes repräsentiert.

In dieser Verfassung befindet sich unsere Wirtschaft, nicht nur gegenüber der Herausforderung des europäischen Binnenmarktes, sondern auch im Hinblick auf die Transformationen, die in Osteuropa in Richtung auf die Einführung der Marktwirtschaft und damit zusammenhängend auch auf neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Westeuropa ausgerichtet sind.

Derzeit führen wir auf nationaler Ebene Verhandlungen mit den Arbeitgebern, um die Regeln von Tarifverhandlungen in den folgenden Jahren zu definieren und vor allem um eine Verteidigungslinie aufzubauen, die es uns ermöglicht, das Lohn- und Gehaltsniveau gegen eine Verringerung der Kaufkraft zu verteidigen. Demgegenüber hat die Regierung ein Finanzgesetz vorgelegt, das in den nächsten beiden Monaten im Parlament diskutiert und abgestimmt werden wird und das das exakte Gegenteil der Vorschläge beinhaltet, die die drei italienischen Gewerkschaftsbünde der Regierung vorgelegt haben. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß ein Finanzgesetz sozusagen von Staats wegen alle Möglichkeiten freier Verträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern über ein neues System der industriellen Beziehungen behindert. Im Rahmen dieser Lage muß auch der mehrstündige Generalstreik gesehen werden, den wir am 22. Oktober geführt haben.

Waren alle drei italienischen Gewerkschaftsbünde an diesem Generalstreik beteiligt?

Daran haben sich die drei Bünde beteiligt, und zwar in allen Branchen. Gleichzeitig haben wir eine ganze Reihe von großen nationalen Kundgebungen über die Themen unserer gemeinsamen Plattform organisiert: die Steuerreform, die Reform des Rentensystems und des Gesundheitswesens, die Reform der öffentlichen Verwaltung und natürlich auch die Veränderung der Arbeitsbeziehungen.

Wir schließen keineswegs weitere Arbeitskämpfe aus, um eine Wende der wirtschaftspolitischen Orientierungen herbeizuführen, zu denen sich die Regierung jetzt entschieden hat. Berücksichtigen muß man auch, daß all diese politischen Entscheidungen zu einem Zeitpunkt am Vorabend der nächsten Wahlen getroffen werden, die spätestens im März 1992 stattfinden müssen. Solche gravierenden politischen Entscheidungen werden also in einem gewissen „Vakuum von Verantwortlichkeit“ getroffen und die, die sie treffen, sind möglicherweise nach den Wahlen gar nicht mehr da.

Die Lage ist also alles andere als blendend. Und um das Bild zu vervollständigen: Heute ist die zunehmende Inflation in Italien das Problem Nr. 1. Nachdem Italien dem europäischen Währungssystem beigetreten ist und damit ein System fester Wechselkurse akzeptiert hat, ist den Unternehmern der traditionelle Fluchtweg aus der Inflation verbaut - die Abwertung der Währung ist nicht mehr beliebig möglich. Die Differenzen zu den Inflationsraten unserer Nachbarländer in der Europäischen Gemeinschaft sind Kennziffern für die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Produkte auf dem Gemeinsamen Markt.

So verzeichnen wir zum erstenmal eine Situation, in der es die Inflation ist, die eine Verminderung der Gewinne determiniert, weil die Unternehmer, um die Preise nicht zu erhöhen, die Marge verringern. Alle Schwierigkeiten der italienischen Wirtschaft haben heute die Inflation zur Ursache. Eine Hauptquelle der inflatorischen Entwicklung sind die italienischen privaten und öffentlichen Dienstleistungssysteme im Transportbereich. Daraus ergibt sich für die gewerkschaftliche Politik: Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage müssen wir uns auch mit solchen Dienstleistungsbereichen auseinandersetzen, die zu einem „Klotz am Bein der ganzen Gesellschaft“ zu werden drohen. Gegenwärtig beträgt der Unterschied zwischen den Verbraucherpreisen bei Dienstleistungen und den Industriepreisen zwischen sechs und sieben Prozent.

Der in diesen Tagen in Rimini stattfindende Kongreß der CGIL ist sicherlich einer der bedeutendsten Nachkriegskongresse des Bundes. Er soll weitreichende Reformen, nicht zuletzt in der politischen Struktur der Organisation, begründen und beschließen. Er bezieht sich insbesondere auf die institutionelle Struktur der CGIL, die ja bis heute noch drei Strömungen oder Fraktionen kennt, nämlich die kommunistische, die sozialistische und die sogenannte dritte Tendenz.

Als erstes will ich zur Klarstellung festhalten, daß wir selbstverständlich nicht die Absicht haben, das Recht auf Bildung von politischen Tendenzen in unserer Organisation abzuschaffen. Das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten und sich gleichzeitig einer Strömung anzuschließen, um bestimmte gewerkschaftliche Optionen zu unterstützen, die beispielsweise in Opposition zur Mehrheitsmeinung in der Organisation stehen, muß aufrechterhalten bleiben. So gesehen gibt es also keine Veränderung.

Die CGIL ist aus dem Widerstand gegen den Faschismus hervorgegangen und von zwei historischen Strömungen konstituiert worden, nämlich von der kommunistischen und der sozialistischen. Diese beiden Strömungen haben bereits vor dem Kongreß beschlossen, sich aufzulösen und dem einzelnen Mitglied so seine Freiheit zu lassen, „im Meer der gewerkschaftlichen Demokratie“ frei zu schwimmen, ohne sich irgendwoher Orientierungen, Anleitungen oder Aufträge erteilen zu lassen. Die kommunistische Strömung hat ihre Selbstauflösung bereits vor zwei Jahren beschlossen, und nun haben auch unsere soziali-

stischen Kollegen in den Teilkongressen, die unserem Bundeskongreß vorangegangen sind, dasselbe getan. Der stellvertretende Generalsekretär der CGIL, Ottaviano del Turco, hat erklärt, daß es auf Bundesebene keinerlei Begründungen mehr dafür gibt, daß die sozialistische Tendenz weiter bestehen bleibt. Das wird auch eine gewisse personalpolitische Blockade überwinden, denn Führungspositionen in den Gewerkschaften können nun nicht mehr auf der Grundlage von Tendenzen proportional vergeben werden. Alles ist nun möglich. So gibt es zum erstenmal in der Geschichte der CGIL Metallarbeitergewerkschaft einen Generalsekretär, der früher der sozialistischen Tendenz angehörte. Das alles fand ohne jede „traumatische Begleitung“ statt. Diese Entscheidung fiel, weil sich die Meinung durchsetzte, dieser Kandidat sei der Beste für diese Führungsposition.

Wird das in gewisser Weise zu einer „Normalisierung“ der gewerkschaftlichen Kultur führen?

So ist es. Aber es gibt natürlich auch Widerstände, die nicht unterschätzt werden dürfen. Im Rahmen dieser breiten Diskussion hat sich eine neue Strömung herausgebildet, die den Thesen des Vorstandes gegenüber alternative Thesen aufgestellt hat. Wenn sich daraus eine gewisse Dialektik entwickelt, die uns hilft, unsere zukünftigen Aufgaben zu bewältigen, ohne daß es zu neuen Polarisierungen kommt, dann ist das ein positiver Faktor. Ich hoffe nur, daß die Vertreter dieser neuen Tendenz nicht die Fehler wiederholen, die nach meiner Auffassung die traditionellen Strömungen begangen haben.

In gewisser Weise waren diese Strömungen ja auch eine Art Schutz für die Minderheiten in der Organisation. Welche Rolle hat denn in dieser Debatte die dritte Strömung gespielt?

Die sogenannte dritte Strömung hat sich auch aufgelöst, und zwar noch vor der sozialistischen. Ich will aber bei dieser Gelegenheit unterstreichen, daß die Rechte von Minderheiten in jeder Weise auch vorher garantiert waren, und zwar durch sehr eindeutige Satzungsbestimmungen. So haben wir ein sehr kompliziertes, aber demokratisches Listensystem entwickelt, das den Minderheiten, den traditionellen, aber auch neuen Minderheiten, reale Garantien gibt. Das eigentliche Problem war, daß die bisherigen Strömungen in Wirklichkeit eine Art Monopol ausüben konnten, ein Oligopol, wenn man so will. Das bezog sich insbesondere auf die Besetzung der Führungspositionen. Hier gab es eine Art Oligopol zwischen Sozialisten und Kommunisten.

War das so eine Art „österreichische Proportionalität“?

Ja, allerdings unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die sozialistischen und kommunistischen Mitglieder sowie die der dritten Strömung höchstens ein Fünftel der Mitgliedschaft der CGIL repräsentieren. Vor diesem Hintergrund gab es eine Art Machtmonopol, eine Aneignung der Macht, die die große Mehrheit der Mitglieder exproprierte.

Vor einer Reihe von Jahren noch gab es in Italien eine Föderation der Gewerkschaftsbünde, die versuchte, die Aktivitäten der drei Bünde, vor allem auf europäischer Ebene, zu koordinieren. Diese Föderation besteht nun nicht mehr. Diese Entwicklung wurde, wie Du Dir vorstellen kannst, besonders von den deutschen Gewerkschaften mit großem Interesse verfolgt. Wie haben sich in der Zwischenzeit die Beziehungen zwischen den drei Bündeln entwickelt, und zwar nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch im Bereich der nationalen Gewerkschaftspolitik?

Die Föderation hat sich aufgelöst, als es im Jahre 1984 einen ziemlich tiefen Bruch zwischen den Bündeln in gewerkschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen gab. Damals schlossen zwei der drei Bünde mit der Regierung ein Abkommen, das anschließend in ein Regierungsdekret umgesetzt wurde. Daraus ergab sich ein wirklich ernsthafter Bruch in den Beziehungen. Des weiteren muß eingeräumt werden, daß die damalige Föderation sehr enge Grenzen hatte. Ihre Aktivität bestand im wesentlichen aus gemeinsamen Treffen der Führungsgremien, verbunden mit einem sehr harten Konsensprinzip. Das war nicht mehr als das Nebeneinanderstellen von Strukturen, aus dem sich keinerlei neue Qualität der Zusammenarbeit entwickelt hat.

Nach 1984 haben wir in aller Ruhe „ohne großes Aufsehen“ untereinander immer systematischere Beziehungen entwickeln können. In diesem Rahmen sind faktisch auch die alten Kooperationsformen der aufgelösten Föderation wieder aufgenommen worden. Ich hoffe, daß wir darüber hinausgehen können. Seit 1984 hat es keinen wirklichen zwischengewerkschaftlichen Konflikt mehr gegeben, auch nicht im Bereich der Tarifpolitik. Die Praxis von gemeinsamen Forderungen ist heute fast überall in der nationalen Vertragspolitik üblich. Wir definieren regelmäßig unsere gemeinsamen Standpunkte gegenüber der Regierungspolitik und dem Dachverband der Arbeitgeberorganisationen. Bei entsprechenden Anlässen rufen wir die Vorstände der drei Organisationen zusammen, um gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Das war auch der Fall bei der Vorbereitung des Generalstreiks vom 22. Oktober.

Also hat die Zusammenarbeit der Gewerkschaften eine andere Qualität als in Frankreich, wo beispielsweise die CGT/FO einen Generalstreik ausgerufen hat, ohne die anderen Organisationen zu konsultieren?

Wir haben eine sehr gut funktionierende Praxis gemeinsamer Forderungen und gemeinsamer Aktionen entwickelt. Worauf es nach meiner Meinung vor allem ankommt, ist es, Platz zu schaffen für gemeinsame Reflexionen und Diskussionen, die nicht unbedingt jedesmal in offizielle und verbindliche Beschlüsse münden müssen, sondern die den Vertretern aller Bünde die Möglichkeit einräumen, in relativer Freiheit, ohne jeweils auf die Beschlußlage fixiert zu sein, miteinander reden zu können. Wir müssen also eine neue gewerkschaftliche Kultur schaffen. Dieser Prozeß ist in Italien seit mehr als zehn Jahren unterbrochen gewesen.

In den sechziger und siebziger Jahren gab es über die gemeinsamen Kämpfe hinaus eine sehr interessante Entwicklung in den Beziehungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen. Damals kam es nicht nur zu gemeinsamen Beschlüssen als Ergebnisse von Kompromissen, sondern es existierte ein Diskussionszusammenhang in einer darüber hinausgehenden Qualität. Die CGIL - und das wird auch ein Thema unseres Kongresses sein — will ihren Beitrag dazu leisten, solche Freiräume zu schaffen, ohne dabei die Organisationsdisziplin in Frage zu stellen. Diese Freiräume sehe ich als eine Art „Hefe für eine neue Form gewerkschaftlicher Einheit in Italien“.

Ist die Selbstauflösung der Strömungen in der CGIL in diesem Kontext als Signal an die anderen Bünde zu verstehen oder hat das keinen Zusammenhang mit den zwischengewerkschaftlichen Beziehungen?

Ich sehe die Bedeutung dieses Vorgangs auch darin, daß die CGIL eben auch vor dem Hintergrund der ökonomischen Situation ihre Beziehungen zu den Parteien der Linken konsolidieren will.

Wir sind als deutsche Gewerkschafter sehr stark auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft fixiert. Manchmal fällt es uns schwer zu begreifen, daß der Gewerkschaftspluralismus nicht ein großes Hindernis für die Wirksamkeit gewerkschaftlicher Politik und die Bereitschaft der Menschen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ist. Glaubst Du, daß in Italien der gewerkschaftliche Pluralismus auf lange Sicht - als eine Art Vielfalt in der Einheit - zu einem Wandel in Richtung auf einen einzigen großen italienischen Gewerkschaftsbund führen kann?

Das kann ich mir durchaus vorstellen, allerdings unter der Bedingung, daß eine solche Art von Einheitsgewerkschaft die Vielfalt an Ideen nicht erstickt. Das heißt, sie muß nicht nur das Recht auf abweichende Meinung garantieren, sondern sie muß auch das Recht akzeptieren, daß aus Minderheitenmeinungen Mehrheiten entstehen können. Und schließlich braucht diese Einheitsgewerkschaft Strukturen interner Demokratie, die auch in der Lage sind, die Arbeitnehmer wirksam zu vertreten, die sich heute noch in sehr weiter Entfernung von den Gewerkschaften befinden.

Das größte Hindernis jedoch, um dahinzukommen, ist bislang die Abwesenheit einer „neuen gewerkschaftlichen Kultur“. Ich glaube nicht daran, daß wir heute mit den alten traditionellen Kulturen jeder Organisation etwas bauen können, das lange Bestand hat. Ein solches Gebäude würde den ersten Schwierigkeiten nicht standhalten können. Wir müssen eine neue gewerkschaftliche Kultur entstehen lassen, und das geht nur mit einer neuen Generation von Gewerkschaftsführern und Gewerkschaftsmitgliedern.

Die politischen Parteien - und das ist nicht nur in Italien der Fall - haben immer Schwierigkeiten, der Versuchung zu widerstehen, sich in die Gewerkschaftspolitik einzumischen. Gibt es in dieser Hinsicht eine veränderte Situation?

Eine solche Veränderung registrieren wir seit mehr als zehn Jahren, weil die politischen Parteien, ob es ihnen gefiel oder nicht, sich den autonom gefaßten Entscheidungen der Gewerkschaften anpassen mußten, was angesichts der früheren Einmischungsversuche der Parteien kein leichter Prozeß war. Sie haben lernen müssen, daß diese Versuche oft zu Ergebnissen geführt haben, die das Gegenteil ihrer Erwartungen waren. Natürlich gibt es auch heute noch Versuche, die Orientierung der gewerkschaftlichen Politik zu beeinflussen.

So ist das Leben!

Das ist das Leben. Ich habe aber auch eine gegenteilige Sorge. In Italien auf jeden Fall versuchen die Gewerkschaftsbünde, wieder in eine politisch umfassende Rolle hineinzukommen, und zwar mit dem Ziel, die allgemeinen Interessen der Beschäftigten zu vertreten - im Gegensatz zu einem latenten Korporatismus. Hier sehe ich die Gefahr, daß sich dieser Korporatismus in den politischen Parteien breitmacht und sich dort eine korporatistische Logik durchsetzt. Das würde zu einer Umkehrung der Rollen im Vergleich zu der Situation von vor 20 Jahren führen. Heute treten die Gewerkschaften oft als Vertreter übergreifender Interessen auf, während sich in den politischen Parteien, oder aber über einzelne Parlamentarier, ganz spezifische, gelegentlich auch gegen das allgemeine Interesse gerichtete Positionen durchsetzen. Das ist bei uns sehr oft im Bereich des öffentlichen Dienstes der Fall. Das macht die Beziehungen zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften nicht einfacher, aber gleichzeitig transparenter. Auf dieser Grundlage werden die Beziehungen zu den Parteien der Linken, zur Sozialistischen Partei, zur Partei der Demokratischen Linken (PDS) und zu den anderen Parteien von der gesamten CGIL getragen. Oft werden übrigens die Gespräche mit den Parteien von allen drei Gewerkschaftsbünden gemeinsam geführt.

Eine letzte Frage: Die italienischen Gewerkschaften haben immer eine sehr wichtige Rolle in der europäischen Gewerkschaftspolitik, insbesondere im EGB, gespielt. Ich glaube nicht, daß der Kongreß in Luxemburg der Schlußpunkt einer Reformdiskussion im EGB war, sondern daß jetzt erst eine große Debatte über die zukünftige Architektur der europäischen Gewerkschaftsbewegung beginnen muß. Wo siehst Du die gemeinsame Perspektive und die zukünftige Entwicklungslinie?

Ich glaube auch, daß die wichtigen Ergebnisse, die wir auf dem Kongreß in Luxemburg erzielt haben, heute schon fürchterlich alt sind im Verhältnis zu den jüngsten Entwicklungen in Europa. Ich denke, daß wir eine neue gewerkschaftliche Initiative auf die Tagesordnung setzen müssen, vielleicht sogar einen außerordentlichen Kongreß des EGB, der uns in die Lage versetzt, wenigstens einige gemeinsame Antworten auf die neue Lage zu geben, und daß wir nicht, wie das oft genug in der Vergangenheit der Fall war, „den Stall erst dann abschließen, wenn einige Rinder bereits das Weite gesucht haben“ (ital. Sprichwort). Jetzt müssen wir ohne zu zögern an den Aufbau einer großen Gewerkschaftsbewegung für ganz Europa gehen.